

AKTUELL



FOTO: VOTUM KLIMA

Mitglieder von Votum Klima präsentieren die 15 Forderungen für ein zukunftsfähiges Luxemburg.

KLIMASCHUTZ

Kritik an Luxemburgs Klimapolitik

Joël Adami

Erneuerbare Energien, Biolandbau, kein Ausnutzen von Schlupflöchern – das NGO-Bündnis Votum Klima präsentiert den politischen Parteien 15 Forderungen.

Seit 2009 fordert Votum Klima, ein Zusammenschluss von 23 NGOs aus den Bereichen Umweltschutz, Entwicklungshilfe und Sozialhilfe, entschlossenere Maßnahmen in der luxemburgischen Klimapolitik. Am Mittwoch, dem 23. Mai, stellte das Bündnis die aktualisierte Auflage seiner Wahlforderungen vor. Die waren zugleich eine ausführliche Kritik an der blau-rot-grünen Regierung.

Martina Holbach von Greenpeace Luxemburg bemängelte zum Beispiel die mangelnde Kohärenz in der luxemburgischen Klimapolitik: „Klimaschutz darf nicht nur Aufgabe eines einzigen Ministeriums sein.“ Oft werde überhaupt nicht bedacht, dass politische Maßnahmen auch Auswirkungen auf klimapolitische Zusammenhänge haben. Holbach vermisst auch ein Gesetz, das verbindliche Ziele für einzelne Sektoren wie Transport, Industrie, Landwirtschaft, usw. festlegt: „Ein Ansatz, der lediglich auf freiwilligen Emissionsreduktionen fußt, funktioniert nicht.“

Ein anderer Punkt, der Votum Klima sauer aufstößt, sind die Schlupflöcher, die Luxemburg nutzt, um seine Klimaziele zu erreichen. Die statistischen Transfers erneuerbarer Energie aus baltischen Staaten werden vermutlich dazu führen, dass das Großherzogtum seine diesbezüglichen Ziele erreicht. „Trotz Rifkin-Strategie ist wenig Lust an der Energieerzeugung zu spüren“, so Holbach. Das Bündnis fordert 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2050 und will Bürger*innen und Energiekooperativen „maßgeblich an der Energiewende teilhaben“ lassen. Der Emissionshandel ist ein weiteres Schlupfloch, das es reichen Ländern

und Unternehmen ermöglicht, sich freizukaufen. „Wir haben den Glauben an den Emissionshandel verloren“, erklärte Dietmar Mirkes der ASTM im Rahmen der Pressekonferenz, „denn er entspricht vor allem den Interessen fossiler Konzerne. Als Nullsummenspiel trägt er auch nicht zur Bekämpfung des Klimawandels bei, denn wir brauchen ja Reduktionen.“

Klimagerecht investieren

Zwar begrüßt Votum Klima grundsätzlich die Anstrengungen der Regierung, den europäischen Atomausstieg voranzutreiben, doch mangelt es nach Ansicht des Bündnisses auch hier an Kohärenz. Viele öffentliche Fonds wie Renten- oder Zukunftsfonds, investierten immer noch in die Atomindustrie oder in klimaschädliche Unternehmen. Das NGO-Bündnis fordert folgerichtig Desinvestitionen und die Schaffung eines beratenden Organs, das die Nachhaltigkeit staatlicher Fonds gewährleisten soll.

Die internationale Klimagerechtigkeit könnte Luxemburg auch durch die Einführung einer Sorgfaltspflicht für multinationale Unternehmen mit Sitz im Großherzogtum voranbringen. „Auch in diesem Bereich ist leider nichts weitergegangen“, monierte Carole Reckinger von Caritas Luxemburg.

Weitere Forderungen von Votum Klima betreffen den Schutz von Wäldern und ihrer Bewohner*innen, Klimaschutz als Bildungsziel, die Bekämpfung von Energiearmut, die Stärkung der Biolandwirtschaft, nachhaltige Mobilität, das Verbot von Agro-Kraftstoffen, die Reduzierung des Energieverbrauchs, den Ausstieg aus dem als Tanktourismus bekannten Treibstoffexport und eine klimafreundliche Wirtschaftspolitik. Alles in allem Stoff genug für diejenigen Parteien, die noch an ihren Wahlprogrammen feilen und sich ein grünes Gewand geben wollen.

SHORT NEWS

Für ein feministischeres Luxemburg

(ja) - Das feministische Dokumentationszentrum Cid Fraen an Gender hat ebenfalls Forderungen für die Parlamentswahlen im Oktober veröffentlicht. Trotz der erreichten gesetzlichen Gleichstellung sieht der Verein noch viele frauenpolitische Baustellen, derer sich eine neue Regierung annehmen muss. Außerdem warnt das Cid vor zunehmenden Angriffen auf den Feminismus, die es abzuwehren gelte. Um der Entstehung schädlicher Geschlechterstereotypen schon frühzeitig vorzubeugen, fordert die Organisation die Integration von Gendermodulen in die Ausbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen und eine gendersensible Berufsplanung. Die oftmals degradierende Darstellung von Frauen in Medien und Werbung ist dem Cid ein Dorn im Auge, weshalb es unter anderem die Schaffung eines wirtschaftsunabhängigen Gremiums, das Strategien gegen Sexismus in den Medien und Sanktionsmöglichkeiten entwickelt, fordert. Obwohl über die Hälfte der Kulturschaffenden in Luxemburg Frauen sind, sind diese kaum sichtbar - hier fordert das Cid verschiedene Fördermaßnahmen; so sollten zum Beispiel Werke von Frauen stärker in Lehrpläne eingebunden werden. Weitere Forderungen des Dokumentationszentrums betreffen die Erhaltung von Frauen- und Genderwissen und die Bekämpfung der prekären Situation vieler Frauen, insbesondere alleinerziehender Mütter.

Chômeurs/euses diplômé-e-s : un phénomène qui dure

(fb) - Dans son billet mensuel sur l'évolution du chômage, le gouvernement note une baisse du nombre de demandeurs/euses d'emploi de 3,5 % sur un an. Actuellement, 15.369 personnes sont inscrites auprès de l'Agence pour le développement de l'emploi (Adem) - 557 en moins par rapport à l'année dernière. Le nombre de bénéficiaires d'une mesure pour l'emploi s'établit à 5.065. Là encore, le gouvernement enregistre une baisse de 225 personnes, soit de 4,3 %. Le nombre de demandeurs/euses d'emploi a baissé particulièrement parmi celles et ceux âgé-e-s de moins de 30 ans ou peu qualifié-e-s. Parmi les diplômé-e-s de l'enseignement supérieur, il aurait quant à lui progressé de 128 personnes, soit de 4,4 %. Depuis quelques années, le pourcentage de chômeurs/euses ayant un diplôme ne cesse d'augmenter (de 13 % en 2009 à 20 % en 2016). Parmi celles et ceux-ci, les étudiant-e-s en sciences économiques seraient les plus touché-e-s. En cause, la spécialisation choisie pendant leurs études et qui souvent ne correspondrait pas au futur emploi. Les étudiant-e-s en sciences sociales et éducatives se voient quant à elles/eux confronté-e-s à une offre réduite d'emplois.

Mit der Trambahn zur Schueberfouer

(rg) - Anfang übernächster Woche will Nachhaltigkeitsminister François Bausch (Déi Gréng), zusammen mit der hauptstädtischen Bürgermeisterin Lydie Polfer und dem Verkehrsschöffen Patrick Goldschmidt (beide DP), bekanntgeben, wann der zweite Teilschnitt der neuen Trambahn ihren „kommerziellen“ Betrieb aufnehmen wird. Das wäre dann der Beginn des „echten“ Betriebs, bei dem auch Passagiere vom derzeitigen Terminus Kierchbiérg-Pafendall bis zum Umsteigehalt Stäreplaz befördert werden. François Bausch dürfte damit einen Schlusstrich ziehen unter eine Polemik, die Mitte April losgebrochen war, als es von Seiten der für die Organisation der Schueberfouer zuständigen Dienststelle der Gemeinde Luxemburg hieß, die Tram werde im Sommer nur Testfahrten unternehmen, also keine Personen befördern und für den Zubringerdienst zum jährlichen Rummel nicht zur Verfügung stehen. In Reaktion darauf hatte der Minister angekündigt, dass die Testfahrten auf dem Streckenabschnitt schon Ende Mai beginnen werden - zunächst bis zum Stadttheater, dann über den Halt Faiencerie bis zur Stäreplaz. In der Nacht vom Montag auf Dienstag fuhr die Tram tatsächlich ein erstes Mal über die Rote Brücke zum Theater. Gute Aussichten also, dass Besucher*innen aus dem Osten und Norden per Tram zur Fouer gelangen können. Der Umsteigehalt Stäreplaz, der vor allem die West-Luxemburger*innen interessieren dürfte, wird aber erst ab Mitte September von den neu zu organisierenden Buslinien bedient werden - dann ist die Fouer längst vorbei.